Das Ende der Sackgasse ist bald erreicht

Stephan Schulmeister (im Gespräch mit Christian Fridrich)¹

stephan.schulmeister@wifo.ac.at, Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut, 1030 Wien

christian.fridrich@phwien.ac.at, Pädagogische Hochschule Wien

Christian Fridrich: Wenn man Ihre Werke liest, erkennt man schnell, dass Sie kein Monetarist sind. Wie würden Sie sich einordnen? Als Keynesianer?

Stephan Schulmeister: Nicht unbedingt. Als Wirtschaftswissenschaftler glaube ich, dass in der Makroökonomie der Faden der Vernunft nach Keynes abgerissen ist. Das heißt, dass man dort weitermachen müsste: Auf den von Keynes herausgearbeiteten systemischen Zusammenhängen aufbauen, aber auch Teile seiner Theorie entsorgen. Auch das Motiv, konkrete Fehlentwicklungen wie Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung zu erklären, und Therapievorschlüsse zu entwickeln, sollte wichtiger werden. Aber ich bin in dem Sinn kein Keynesianer, als ich nicht glaube, dass alle wichtigen Fragen von Keynes richtig beantwortet wurden. Das glaube ich absolut nicht. Ich glaube sogar, dass der Titel seines Werkes bestenfalls ein Marketinggag war, weil es keine allgemeinen Theorien geben kann, schon gar nicht in den Wirtschaftswissenschaften.

Es gehört zu den Absonderlichkeiten der Wirtschaftswissenschaft, dass sie gemeinsam mit der Theologie die einzige Wissenschaft ist, die noch den Begriff des wahren Modells kennt. Die ganze Theorie der rationalen Erwartung geht ja davon aus, dass es **ein** wahres Modell gibt. Jeder Naturwissenschaftler kann darüber nur lachen, weil Newton war einmal, Einstein war, Modelle sind Vorstellungen, wie die Dinge, die man beobachtet, zusammenhängen könnten. Es entwickeln sich, wenn man es intensiv genug erforscht, neue Modelle, die die alten ablösen. Daher ist der Begriff eines wahren Modells ein Unfug, und auch eine allgemeine Theorie, die jenseits von Raum und Zeit immer gültig ist. Genau das, der Anspruch, die wahre Theorie zu besitzen, ist Grundanspruch der Neoliberalen, aus meiner Sicht ein Unsinn. Das neoliberale Paradigma kann sich besonders deshalb halten, weil diese Theorie in besonders markanter Weise Interessen legitimiert. Das Verhältnis zwischen Erkenntnis und Interesse, zwischen Einsicht und Rechtfertigung ist wohl in keiner anderen Wissenschaft so prekär ist wie in der Ökonomie, weil eine Theorie, die sich durchsetzt, große Umverteilungen von Einkommen und Vermögen generieren kann. Man hätte die Durchsetzung der monetaristischen Theorie nicht in Milliarden aufwiegen können. Man braucht nur ihre Auswirkungen auf das Steuersystem, die Sozialstaatlichkeit, die Freiräume für Finanzakrobaten etc. in Rechnung stellen.

Statt durch abstrakte Theorien Interessen zu legitimieren, bevorzuge ich das konkrete, problemorientierte Denken, aus dem man Vorschläge ableiten kann, die für einen absehbaren Zeithorizont nützlich sind. Dies ist eine grundlegend andere Haltung als die Suche nach „ewigen Wahrheiten“.

¹ Das Gespräch fand am 11.01.2012 statt. Aufzeichnung und Transkription: Georg Geiger, PH Wien.

Christian Fridrich: Sie sind einer der bedeutendsten österreichischen Wirtschaftsforscher. Sie arbeiten nunmehr seit genau 40 Jahren im Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut und können zudem auf zahlreiche nationale und internationale Forschungs-, Publikations- und Lehrtätigkeiten verweisen. Ich möchte eine provokante Frage an den Anfang stellen: Wie groß schätzen Sie Ihren Einfluss auf politische Entscheidungen in Österreich ein?

Stephan Schulmeister: Sehr gering, einfach weil sich die Wirtschaftspolitik nicht nur in Österreich sondern in allen europäischen Ländern seit gut fünfundzwanzig Jahren nach einer Karte navigiert, die ich für grundlegend falsch halte. Und es ist verständlich, dass Politiker/innen, die ja eingebunden sind in ein System, das auf dieser Karte aufbaut, in ihren Denk- und Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Konkretes Beispiel: vor genau zwanzig Jahren wurden die Maastricht-Kriterien als eine Richtschnur für die Gestaltung der öffentlichen Haushalte beschlossen. Diese Maastricht-Kriterien, die später verewigt wurden im Stabilitäts- und Wachstumspakt und nun als „Schuldenbremse“ in variiert Form in die nationalen Verfassungen kommen sollen, gehen implizit davon aus, dass der Staat sein Budget selbst – im Prinzip problemlos – kontrollieren kann. Der Staat hätte es selbst in der Hand, einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo (Budget) zu haben. Hätte er das nämlich nicht in der Hand, wäre also die Entwicklung der Staatsfinanzen endogen, also eingebunden in die gesamtwirtschaftliche Performance, dann hätte eine solche Rechtsvorschrift keinen Sinn. Denn ich kann von jemandem nicht verlangen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, das er allein nicht erreichen kann.

Genau das ist meine These, und die kollidiert fundamental mit der Vorstellung, der Staat kann, so wie die viel zitierte „schwäbische Hausfrau“, wenn er ein Defizit hat, dadurch, dass er seine Ausgaben kürzt, wieder eine ordentliche Finanzlage herstellen. Warum kann er das nicht? Weil der Staat erstens aufgrund seiner Größe die Rückwirkungen und Reaktionsketten seines eigenen Verhaltens im gesamtwirtschaftlichen System mitberücksichtigen muss. Wenn etwa 50 % des Brutto-Inlandsprodukts über den öffentlichen Sektor laufen, dann hat ein Rückgang von 2 % der öffentlichen Ausgaben eine völlig andere Auswirkung, als wenn die schwäbische Hausfrau, die ein Vierzigmillionstel des deutschen BIP stellt, ebenso um 2 % spart. Punkt zwei: Die „schwäbische Hausfrau“ hat keine Kontrolle über ihre Einnahmen, wenn also der Mann arbeitslos wird, dann ist sie zunächst einmal tatsächlich genötigt, die Ausgaben zu kürzen. Der Staat hat aber im Prinzip auch die Möglichkeit, seine Einnahmen zu erhöhen.

Dieses Beispiel verdeutlicht – gerade im Kontext mit der Debatte um die Schuldenbremse: Wenn man eine Karte zur Navigation verwendet, die impliziert, dass die freien Märkte, wenn man sie nur in Ruhe lässt, ohnehin für Vollbeschäftigung sorgen und dass der Staat im Wesentlichen ein Störfaktor ist, der viel zu sehr über seinen Verhältnissen lebt, fahren wir einem Schiffbruch entgegen. Wir sind relativ knapp davor.

Christian Fridrich: Das heißt, Sie würden sagen, dass das jetzt verstärkt ausgerufene EU-Spardogma das Problem der sogenannten überbordenden Staatsschulden nicht lösen kann?

Stephan Schulmeister: Es wird es verschlimmern! Genauso verschlimmern wie die Sparpolitik von US-Präsident Hoover (ab 1930) und von Reichskanzler Brüning (ab 1931) die Lage auch dramatisch verschlechtert hat. Natürlich wird die Krise nicht das Ausmaß der 1930er Jahre annehmen. Warum? Weil wir ja aufgrund des Lernens aus der Weltwirtschaftskrise Institutionen des Sozialstaats geschaffen haben, die in der kommenden Krise dämpfend wirken. Aber wenn der Staat in einer Situation, wo die Europäische Wirtschaft bereits am Weg in eine Rezession ist, signalisiert: „Zum ersten Mal seit den 1930er Jahren werden wir nichts gegen eine Rezession unternehmen, sondern unsere Nachfrage auch einschränken“, dann werden die anderen Akteurinnen und Akteure, insbesondere die Unternehmer/innen, sagen: „Da müssen wir abwarten“. Ich war in letzter Zeit oft mit Unternehmer/innen zusammen und habe Vorträge gehalten und sie dann gefragt: „Was haltet ihr von der Schuldenbremse?“ Und die Antwort war eindeutig: „Das ist sehr gut“. Und die zweite Frage war dann: „Und was werdet ihr jetzt tun, wenn die Schuldenbremse wirklich umgesetzt wird?“ Da war der Tenor: „Da müssen wir einmal abwarten, wie sich das auswirkt.“ Und genau dieses Abwarten ist natürlich Teil der sich vertiefenden Krise.

Christian Fridrich: Aber welche Möglichkeiten der Budgetkonsolidierung sehen Sie angesichts der gleichzeitigen Gefahr des zurückgehenden Wirtschaftswachstums?

Stephan Schulmeister: Eine gute Therapie braucht eine umfassende Diagnose. Aus meiner Sicht ist der Anstieg der Staatverschuldung letztlich dadurch verursacht, dass die kapitalistische Marktwirtschaft sich in den letzten vierzig Jahren grundlegend verändert hat. In den 1950er und 1960er Jahren, teilweise noch in den 1970er Jahren war die Spielanordnung so gesetzt, dass sich das Gewinnstreben nur in der realen Wirtschaft entfalten konnte, weil bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, niedrigen Zinssätzen und schlafenden Aktienbörsen durch Finanztransaktionen nichts zu holen war. Wenn das Gewinnstreben, quasi die Kernenergie im Kapitalismus, die Turbinen der Realwirtschaft antreibt, dann ereignet sich Wirtschaftswunder, wie es eben auch der Fall war. In einem kühnen Vergleich kann man sagen, dass etwa die Spielanordnung in China nach den großen Reformen durch Deng Xiao Ping in den 1980er Jahren insofern Ähnlichkeiten hat, als Kapitalisten in China höchst willkommen sind, sofern sie Produktionsstätten gründen, durch Joint Ventures auch Technologie transferieren, aber nicht spekulieren. Das erkennt man daran, dass die chinesische Politik es sich verbieten würde, dass Wechselkurs und Zinssatz vom Markt bestimmt werden. Sondern diese beiden Fundamentalpreise sind unter Kontrolle der Politik. Genau das war aber auch bei uns der Fall in der Politik in den 1950er und 1960er Jahren.

Seit den 1970er Jahren hat sich das aber geändert, und durch die Instabilität der wichtigsten Preise – Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze – hat sich das Gewinnstreben auf Finanzaktivitäten verlagert. Warum? Weil Zinssatz und Wechselkurs die Fundamentalpreise sind, die zwischen der realen Sphäre und der Finanzsphäre vermitteln: der Wechselkurs im Raum, der Zinssatz in der Zeit. Und unternehmerisches Handeln wird nachhaltig gefördert, wenn diese beiden Preise stabil und damit verlässlich sind. Das ist seit 40 Jahren nicht mehr der Fall. Gerade die Weltwährung, der Dollar, sollte in einer sich globalisierenden Wirtschaft einen Stabilitätsanker darstellen. Ausgerechnet der Dollar wurde aber zur instabilsten aller sogenannten Reservewährungen.

Ebenso sehen wir, dass die Zinssätze enorme Schwankungen und untragbare Unterschiede zwischen einzelnen Ländern aufweisen. Was also war die Folge dieser veränderten Anreizbedingungen für unternehmerisches Verhalten? Dass schleichend, über einen sehr langen Zeitraum die Unternehmen die Realinvestitionen reduziert und ihre Finanzinvestments verstärkt haben, besonders natürlich die großen Konzerne. Das war mikroökonomisch rational, warum soll Siemens nicht mehr Finanzaktiva erwerben, wenn die Treasury, also gewissermaßen die Geldvermehrungsabteilung, höhere Renditen erzielt als die Gebäudetechnik oder die Nachrichtentechnik. Das System kann aber dadurch nicht gewinnen, weil die Profite aus Finanzaktivitäten im Wesentlichen auf Umverteilung basieren. Ganz klar wird das natürlich bei allen Finanzderivaten, die ein Nullsummenspiel darstellen. Wenn ich mit einem DAX-Future oder einem Erdöl-Future gut spekuliere, mache ich einen Gewinn, weil ein anderer die Gegenposition eingenommen hat, also in die falsche Richtung spekuliert hat. Nicht nur sind diese Finanzspiele reine Umverteilungsspiele, sondern sie destabilisieren gleichzeitig die wichtigsten Preise der Weltwirtschaft. Darin sehe ich den großen Unterschied zu einem normalen Casino. Auch in einem normalen Casino wird nur umverteilt. Aber das Ergebnis dieses Prozesses ist unmittelbar für die reale Welt außerhalb des Casinos nicht relevant.

Was hat das konkret bedeutet? Der Unternehmenssektor hat immer weniger Kredite aufgenommen. Warum ist das ein Problem? Weil in einer funktionierenden Wirtschaft die Überschüsse der privaten Haushalte (ihr Sparen) vom Unternehmenssektor in Form von Krediten übernommen und in Realkapital und Arbeitsplätze verwandelt werden müssen. Wenn aufgrund geänderter Systembedingungen der Unternehmenssektor das nicht mehr tut, dann entsteht ein Fundamentalproblem. Denn die Summe aller Überschüsse und Defizite ist natürlich Null, und daher muss das Defizit, das dem Überschuss der Haushalte entspricht, irgendwo anders auftreten. Das kann das Ausland sein. Das ist der deutsche Weg: Durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse exportiert man das systemische Problem in andere Länder, die aber dann umso größere Probleme haben – wie etwa die Länder in Südeuropa. Damit bin ich schon bei der Euro-Krise. Das Fundamentalproblem, dass der Unternehmenssektor zu wenig real investiert, also keine Defizite mehr hat, verschärft sich dann in jenen Euroländern dramatisch, die neben dem Staatsdefizit auch noch ein Leistungsbilanzdefizit haben. Genau diese Problematik wurde 2010 virulent. Denn es sind natürlich die Länder wie Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, aber wie zu befürchten steht, demnächst auch Frankreich, die in eine Situation kommen, wo aufgrund der geänderten Spielbedingungen die Staatsverschuldung immer mehr steigt. Wenn nun alle Staaten in dieser Situation sparen, ohne dass die Systembedingungen verändert werden, dann erreicht man nicht eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen, sondern wird eine wirtschaftliche Depression verursachen.

Die Depression wird allerdings viel milder ausfallen als in den 1930er Jahren. Wahrscheinlich erscheint eine mehrjährige Phase einer schwachen Schrumpfung der Produktion oder einer Stagnation, in der das ökonomische System aus sich heraus nicht mehr zu einem Aufschwung findet. Die Dauer der Depression wird von der Lerngeschwindigkeit der Eliten abhängen: Wie lange brauchen die Staatenlenker/innen, aber besonders die Wirtschaftswissenschaftler/innen, um zu erkennen, dass im Zentrum der Problematik, die falsche Navigationskarte steht: Eine Wirtschaftstheorie, die den konkreten Gegebenheiten der Welt, in der wir leben, nicht entspricht. Und das ist die Theorie der Neoklassik oder des Neoliberalismus oder der neuen klassischen Makroökonomie oder Monetaris-

mus, das sind alles nur unterschiedliche Begriffe für im Grunde die gleichen theoretischen Konzepte, also die alten Laissez-faire-Theorien: Der Vorstellung, die Märkte seien ein sich selbst stabilisierendes System und der Staat im Wesentlichen ein Störfaktor, wenn er sich nicht auf seine Kernfunktionen, innere / äußere Sicherheit etc. beschränkt.

Christian Fridrich: Ich möchte gerne zurückkommen auf eine Aussage von Ihnen. Sie haben gesagt, die Spielanlage des Spiels „kapitalistische Marktwirtschaft“ habe sich verändert. Das wäre für meine Begriffe ein bisschen zu passiv. Sind nicht da Akteure, oder wenn wir beim Spiel bleiben, „Player“ dahinter, die bestimmte Interessen in den letzten Jahrzehnten verfolgt haben?

Stephan Schulmeister: Ja, natürlich. Denn zwischen der Produktion wirtschaftswissenschaftlicher Navigationskarten, ökonomischen Interessen und der Praxis der Politik besteht eine ziemlich komplexe Wechselwirkung. In einem sehr einfachen Modell ausgedrückt würde ich sagen, dass wirtschaftliche Dynamik am besten durch die Interaktion zwischen drei Fundamentalinteressen, Arbeit, Finanzkapital und Realkapital verstanden werden kann. Zentral bei meinem Ansatz ist, dass zwischen dem Interesse von jenen Vermögen, die in Produktivkapital, in Realkapital angelegt sind, und dem, das in Finanzvermögen angelegt wird, zu unterscheiden ist. Wenn ich also von einer Triade von Interessen ausgehe und damit weggehe von der traditionellen Dichotomie von Kapital und Arbeit, dann kann es jeweils zwei unterschiedliche Interessen-Bündnisse geben. Es können sich die Interessen von Realkapital und Arbeit verbünden gegen die Interessen des Finanzkapitals. Das passiert nach schweren Krisen, nach schweren Finanzkrisen und nachfolgenden Depressionen.

Dargelegt am Beispiel des jüngsten langen Zyklus: Der Börsenkrach 1929 nach einer Phase der Finanzspekulation, legitimiert durch die damals dominanten Laissez-faire-Theorien, führt im Zusammenwirken mit der Sparpolitik, instabilen Finanzmärkten, insbesondere der Wechselkurse, und protektionistischen Maßnahmen, also dem Kampf der Länder gegeneinander, in die größte ökonomische Krise der Neuzeit. Und wenn eine Krise sehr verheerend ist, dann ist auch das Lernen aus der Krise relativ gründlich. Das Lernen nahm die Gestalt an einer neuen Wirtschaftstheorie an, der systemisch orientierte Keynesianismus: Neue politische Konzepte wurden entwickelt wie die Soziale Marktwirtschaft, der Sozialstaat wurde stetig ausgebaut, Markt und Staat wurden nicht als „Feinde“ begriffen, sondern als einander ergänzende Steuerungssysteme. Die vielleicht wichtigste Systembedingung dieser Spielanordnung war, dass die Rentiers, also die großen Besitzer/innen von Finanzvermögen, gewissermaßen ruhig gestellt wurden: Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, niedrigen Zinssätzen, und „schlummernden Aktienbörsen“ konnte sich das Gewinnstreben nur in der Realwirtschaft entfalten. Der Finanzsektor hatte eine wichtige Funktion, aber als „Diener der Realwirtschaft“.

In meinem Modell führt eine realkapitalistische Spielanordnung zu anhaltender Prosperität und bereitet damit den Boden für ihren eigenen Niedergang, weil dauernde Vollbeschäftigung die Macht in der Gesellschaft verschiebt. Die Gewerkschaften stellen neue Forderungen: nach Mitbestimmung, nach Umverteilung zugunsten der Löhne. Es kommt zu einer Verdreifachung der Streiks zwischen 1965 und 1968. 1968 war für die Vermögenden beunruhigend, nicht weil Student/innen einen Radau gemacht haben, sondern weil die Medien Sympathien hatten. Links sein war damals der Trend.

Wer konservativ war, war out, daher auch Aufstieg der Sozialdemokratie, von Willy Brandt und Bruno Kreisky. Dazu kam dann noch die Ökologie-Bewegung ab 1970. Das waren alles gesellschaftliche Entwicklungen, die auf dem Boden der Vollbeschäftigung, der Prosperität möglich waren, weil man da einfach viel leichter aufmüpfig wird, weil man ja auch weniger riskiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Renaissance des Neoliberalismus zu verstehen. Die Grundthesen der späteren Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman hatten diese „master minds“ zum Teil schon in den 1940er Jahren formuliert. Aber in den 1950er und 1960er Jahren hat kein Hahn danach gekräht. Jetzt war ihre Zeit gekommen. Ihre Grundforderung lautete: Disziplinierung der Gewerkschaften und Rückbau des Sozialstaats. Das Bewundernswerte an den neoliberalen Ökonomen ist, dass sie zwanzig Jahre lang, als sie Outsider waren, hart an der Gegenoffensive gearbeitet haben, indem sie Argumentationsgebäude für eine vollständige Liberalisierung der Finanzmärkte entwickelten, insbesondere für eine Aufgabe des Systems fester Wechselkurse.

Diese Doppelstrategie, auf der Ebene der Wirtschaftswissenschaften für die Deregulierung der Finanzmärkte zu kämpfen, und auf der Ebene der Politik gegen Gewerkschaften und Sozialstaat, wurde geschichtsmächtig im Laufe der 1970er und 1980er Jahre. Die Aufgabe des Systems fester Wechselkurse 1971 führte zu zwei massiven Dollarabwertungen, welche zwei Ölpreisschocks nach sich zogen, die wiederum zwei Rezessionen auslösten. Die Rezessionen ließen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen. Auf die durch die Ölpreisschocks beschleunigte Inflation reagiert die Geldpolitik mit einer Hochzinspolitik. Seither liegt das Zinsniveau über der Wachstumsrate, während es davor 30 Jahre lang darunter gelegen war.

Mit der Schaffung unzähliger Finanzderivate, welche das Spekulieren erleichterten und beschleunigten, waren die wichtigsten Komponenten einer finanzkapitalistischen Spielanordnung realisiert. In der nachfolgenden Phase verschlechterte sich die makroökonomische Performance immer mehr, dies drückte sich insbesondere im Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung aus, aber auch in der steigenden Ungleichheit und der Zunahme von Finanzkrisen. Jetzt stehen wir wieder am Beginn einer neuerlichen Talsohle im langjährigen Zyklus.

Um dies kompakt zusammenzufassen: Die 1920er Jahre werden vom finanzkapitalistischen Boom geprägt, danach kommt es zur Depression, also zur Talsohle im langen Zyklus, darauf folgt die realkapitalistische Aufschwungphase der 1950er und 1960er Jahre. Diese generiert die Änderung in Richtung Finanzkapitalismus. Es entwickelt sich ein sehr langer Prozess, in dem sich die Performance immer mehr verschlechtert, aber viel langsamer als in den Jahren nach 1929. Die Krise der letzten Jahrzehnte ist eine Krise, in der es immer enger wird: Es werden immer mehr Formen von atypischer Beschäftigung geschaffen, die Lohnquote geht zurück, der Sozialstaat wird in manchen Bereichen geschwächt, aber keinesfalls radikal beschädigt, wie es durch die Aussteuerung der Arbeitslosen in der Weltwirtschaftskrise passierte.

Genau diese Langsamkeit, mit der sich die Krise vertieft, hat ihr auch den Charakter einer Sachzwanghaftigkeit gegeben. Das heißt, die Politiker/innen haben immer mehr die Mentalität entwickelt, wie es eben die Margret Thatcher so schön formuliert hat, „there is no alternative“. Interessant ist, dass selbst zwanzig Jahre später die deutsche Kanzlerin in ihrer Sprache das völlig übernimmt, wenn sie meint, „meine Politik ist alternativlos.“ Das sagt sie immer wieder, wenn irgendwelche Fragen, zum Beispiel in der Eurokrise debattiert werden. Wenn aber die Staatenlenker/innen selbst ein Bewusst-

sein entwickeln, dass nicht sie den Primat haben, nicht sie es sind, die Steuern, sondern der freie Markt, und sie müssen sich dem Markt anpassen, dann ist man in der letzten Phase dieses Prozesses angekommen, die aus meiner Sicht in eine schwere Krise führen wird.

Christian Fridrich: Das heißt, wenn ich das noch einmal zusammenfassen oder zuspitzen kann: Das „Europäische Modell“ (Sozialstaat, Arbeitsmarktregulierungen etc.) ist mit dem Finanzkapitalismus, wie wir ihn derzeit sehen, kaum kompatibel? Und – das ist meine Schlussfolgerung – das macht breiten Bevölkerungsschichten in der EU und in Europa eigentlich Angst, weil das mit tiefer Unsicherheit verbunden ist.

Stephan Schulmeister: Natürlich! Das ist ja das eigentlich Tragische, dass unsere europäischen Institutionen selbst es sind, die genau das beschädigen, was die europäische Bevölkerung in Abgrenzung zu den USA schätzt, wie etwa öffentliches Gesundheitswesen, öffentliches Bildungswesen, dass nicht nur „Jeder ist seines Glückes Schmied“ ist, sondern dass in der Tradition der Französischen Revolution auch „Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit“ für das Europäische prägend war. Wenn aber dreißig Jahre lang das Weltbild des Neoliberalismus dominiert, das den Individualismus predigt, dann verstärkt dies einen fundamentalen Widerspruch. Das erklärt, warum sich Europa eben erst seit etwa zwanzig Jahren deutlich schlechter entwickelt als die USA.

In den ersten 40 Jahren der Nachkriegszeit hatten wir uns viel besser entwickelt, und das kann man nicht mit dem Wiederaufbau allein erklären. Bis etwa 1955 hat der Wiederaufbau sicherlich eine große Rolle gespielt, aber in den 1960er Jahren waren die Triebkräfte des Wachstums eher der Ausbau des Sozialstaats, weil das gleichzeitig den Menschen Zuversicht gab. Angst ist immer ein Feind wirtschaftlicher Expansion, und die Menschen hatten damals weniger Angst.

Neoliberalismus – „Jeder ist seines Glückes Schmied“ – ist eher noch kompatibel mit dem US-amerikanischen Modell als mit dem europäischen Sozialmodell. Und das wird ein Teil der kommenden Krise sein, dass die Zentrifugalkräfte innerhalb der Europäischen Union nach meiner Analyse leider zunehmen. Wir werden Gott sei Dank keine Kriege mehr sehen zwischen europäischen Staaten, aber die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen werden zunehmen, und es ist durchaus möglich dass die europäische Gemeinschaftswährung tatsächlich zerbricht. Ich glaube im Moment noch eher, dass dies nicht passieren wird, aber es hat sich die Wahrscheinlichkeit, dass diese Währungsunion scheitert, eindeutig vergrößert.

Die wachsende Unsicherheit ist verbunden mit zunehmender Feindseligkeit. Wenn man sich die Massenmedien ansieht, besonders Zeitungen, die sehr viel gelesen werden wie die Bild-Zeitung in Deutschland oder die Kronenzeitung in Österreich, dann ist die Art, wie geschrieben wird, besorgniserregend. Man schreibt ja nicht „die griechische Politik hat den und den Fehler gemacht“, sondern man schreibt „die Pleite-Griechen“, „die Griechen müssen diszipliniert werden“. Kurz: Ein Volk wird herunter gemacht. Und „die“ Griechen reagieren mit „den“ Deutschen. Und dann werden Erinnerungen wach, was Deutsche und Österreicher/innen vor siebzig Jahren an ihnen verbrochen haben.

Diese Spannungen und Konflikte haben leider das Potenzial, Gespenster der Vergangenheit auch in anderen Ländern zu wecken wie etwa Italien oder im schlimmsten Fall auch in Frankreich – für den Fall, dass im französischen Wahlkampf der sozialistische Herausforderer von Sarkozy, Hollande,

unterschwellig auch die antideutsche Karte zieht und quasi sagt „Sarkozy hat wie das Schoßhündchen von Frau Merkel agiert und damit die französischen Interessen, die Interessen der Grande Nation, verraten.“ Und es ist Teil der neoliberalen Verdummung, dass historisches Wissen keine Rolle mehr spielt. Helmut Kohl hatte da ein ganz anderes Sensorium als die Politiker/innen, die jetzt an der Macht sind, das ist jedenfalls mein Eindruck.

Christian Fridrich: Sie schreiben in der Tageszeitung „Die Presse“ am 18. Juni 2011: „Wenn sich das Doppelpassspiel² zwischen den Ratingagenturen und den Finanzalchemiebanken wie Goldman Sachs oder Deutsche Bank ausweitet und so die Zinsen spanischer und italienischer Staatspapiere gegen sieben Prozent steigen, hat das Endspiel um den Euro begonnen.“ Dieses Zinsniveau ist nun erreicht. Ist der Euro noch zu retten?

Stephan Schulmeister: Ja, das Endspiel hat begonnen. Das ist eine meiner guten Prognosen gewesen, denn genau das ist ja wenige Wochen später passiert. In den Monaten August/September 2011 sind die Zinsen dermaßen gestiegen, dass die darauf folgenden Wochen primär vom Thema „Euro-Krise“ und „Was tun wir mit Italien?“ beherrscht wurden. Griechenland ist in den Hintergrund getreten, Berlusconi musste gehen, es gibt eine Expert/innenregierung, aber es gibt keine systemische Diagnose des Problems.

Das ist ja die Schwierigkeit, dass wir eine Art Einheitsmeinung haben. Neoliberalismus ist ja nichts anderes als eine Globalisierung der Köpfe. Das heißt, dass im Wesentlichen alle entlang der gleichen Leitlinien denken: Wenn der Staat ein Defizit hat, muss er sparen. Und diese Gleichartigkeit des Denkens, die nicht jetzt verschwörungstheoretisch von irgendjemand gesteuert ist, sondern die das Ergebnis der Ausbildung eines Paradigmas ist. Und das ist ein sehr komplexer Prozess, bei dem Interessen natürlich die zentrale Rolle spielen, aber nicht in diesem einfachen Sinne, dass es da irgendwelche intellektuellen Verschwörer/innen gibt, etwa durch die Schule von Chicago, die dann nach einem lang ausgetüftelten Plan Politiker/innen verführen, auf Basis einer falschen Landkarte im Interesse der Finanzvermögenden zu navigieren.

Das ist ein wesentlich komplexerer Prozess, der sehr viel zu tun hat mit dieser Wechselwirkung zwischen der schrittweisen Veränderung der Realität und wie dann diese Veränderung der Realität den Politikern als Sachzwang erscheint. Es ist klar, dass dreißig Jahre nach Ende der Vollbeschäftigung der langfristige Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenn auch unterbrochen durch Phasen eines relativ

² Mit Doppelpassspiel zwischen den Ratingagenturen und den Finanzalchemiebanken meint Stephan Schulmeister Folgendes: „Elf Jahre lang lagen die Anleihezinsen im Euroraum auf annähernd gleichem Niveau, noch im November 2009 betragen sie für griechische Staatspapiere 4,7 Prozent, für spanische 3,7 und für deutsche Anleihen 3,3 Prozent. Plötzlich setzte ein rasanter Zinsanstieg ein, der sich zunächst auf griechische Staatspapiere konzentrierte: Bis Anfang Mai 2010 stiegen die Zinsen auf 12,2 Prozent, die EU musste mit dem Rettungsschirm zu Hilfe kommen. Begründet wurde der Zinsanstieg mit dem steigenden Risiko, griechische Papiere zu halten („Risikoprämie“). Seltsam ist nur, dass „die Märkte“ erst ab November 2009 dieses Risiko entdeckten, während die Wirtschaftslage schon davor erhebliche Unterschiede aufwies. Tatsächlich wurde der Zinsanstieg durch das Wechselspiel zwischen der Bonitätsherabstufung durch die US-Ratingagenturen und der Spekulation mit „credit default swaps“ (CDS) sowie mit Anleihen vorangetrieben. Mit CDS kann man nicht nur eine Staatsanleihe absichern (gegen Zahlung einer Prämie), sondern auch darauf setzen, dass sich die Bonität eines Staates verschlechtert (ohne dessen Anleihen zu besitzen – „naked CDS“). Je mehr darauf spekuliert wird, desto stärker steigen die CDS-Prämien und damit der Wert der zu niedrigeren Prämien abgeschlossenen CDS. Gleichzeitig treiben diese Geschäfte die Zinsen in die Höhe“ (Die Presse, Ausgabe vom 18.6.2010, Hervorhebung Ch.F.).

kurzen Rückgangs, den Politiker/innen als Sachzwang erscheint und nicht als Ergebnis ihres eigenen Handelns. Und auch das ist verständlich, weil welche/r Politiker/in möchte schon mit der Einsicht konfrontiert sein, dass sie/er selbst Teil des Problems ist und nicht seiner Lösung. Das erschwert natürlich wiederum den Kurswechsel.

Das Schwierigste am Lernen ist nämlich das Verlernen. Daher lernen ältere Menschen nicht mehr so leicht, wenn's ums Grundsätzliche geht, während ein Kind, noch nichts verlernen muss und daher relativ rasch etwas annehmen kann. Aber die Eliten, die Mächtigen sind klarerweise Menschen, die viele fest gefasste Ansichten haben und aufgrund der Überzeugung, dass sie Recht haben, oft auch nach oben gekommen sind. Es ist ein sehr komplexer Prozess, wie Politiker/innen Bundeskanzler/innen etc. werden, aber es hat sicher auch damit zu tun, dass solche Menschen von sich ziemlich überzeugt sind, was es ihnen noch schwerer macht, eigene Fehler zu begreifen.

Christian Fridrich: Aber die Grundaussage ist einmal, das Endspiel um den Euro hat begonnen. Und ein Endspiel kann ja positiv oder negativ ausgehen. Was wären denn Perspektiven? Sie schreiben unter anderem auch, dass die EZB sich nicht selbst vernichten wird. Wenn der Euro verschwinden würde, dann verschwindet auch die EZB mit ihm. Naja, die EZB könnte zum Beispiel übermäßig viel Geld drucken oder Eurobonds begeben. Sie sprechen das auch immer wieder an. Welche Varianten sind denkbar?

Stephan Schulmeister: Im Prinzip gibt's eigentlich nur mehr zwei Wege. Der **eine** ist, dass man weiter macht wie bisher, dann wird der Euro scheitern. Was heißt „weitermachen wie bisher“? Dass man Zinsbildung für Staatsanleihen weiter dem Markt überlässt und nur hofft, sich auf indirektem Wege, indem man mehr Sparanstrengungen unternimmt, das Wohlwollen der Märkte zu erkaufen. Das ist der bisherige Weg. Wenn der fortgesetzt wird, glaube ich, wird der Euro scheitern, jedenfalls in der jetzigen Form. Warum? Weil der Wurm der hohen Zinsen in den spanischen und italienischen Staatsanleihen bereits so weit drinnen ist, dass auch noch so radikale Sparpolitik etwa die Pensionsfonds nicht veranlassen wird, im großen Ausmaß italienische Papiere zu kaufen. Im Zweifelsfall bleiben sie dann doch bei deutschen.

Und das hat jenseits des Finanzierungsaspekts für Italien einen enorm wichtigen politischen Aspekt. Wenn nämlich in einer Währungsunion, je schlechter es großen Ländern wie Spanien oder Italien geht, desto besser geht es den Ländern, die ohnehin besser dastehen, wie Deutschland, dann führt diese Zinsspaltung früher oder später zu einer Aktivierung politischer Konflikte und Spannungen. Und so etwas kann dann leicht eine Eigendynamik bekommen.

Der **zweite** Weg wäre, dass die Politik erkennt, dass die freiesten Märkte, die Finanzmärkte, schlicht und einfach „falsche“ Preise generieren, dass insbesondere Wechselkurse aber auch Zinssätze mit der Gleichgewichtstheorie selbst nicht kompatibel sind, weil der Zinssatz die Wachstumsrate nicht in einem so dramatischen Ausmaß übersteigen darf. Das ist sozusagen vorprogrammierter Bankrott. Und dass die Politik daher die Zinsbildung selbst zu steuern beginnt. Und wie könnte das gehen? Da hab ich schon in meinem Büchlein³ einen Vorschlag gemacht und vor kurzem sehr detailliert in ei-

³ Gemeint ist: Stephan Schulmeister (2010): Mitten in der großen Krise. Ein »New Deal« für Europa. Wien: Picus Verlag.

nem Working Paper, das schlicht und einfach heißt „The European Monetary Fund“. Ein systemisches Problem braucht eine systemische Lösung. Das kann man sich auch gerne herunterladen, es ist im Dezember herausgekommen.⁴ Der Vorschlag ist sehr einfach und klar. Wenn die Währungsunion gerettet werden soll, dann brauchen wir eine gemeinschaftliche Finanzierungsagentur. So wie es in Österreich für den Bund die Bundesfinanzierungsagentur gibt, wäre der Europäische Währungsfonds die Staaten-Finanzierungsagentur, gemeinschaftlich für alle Euro-Staaten. Dieser Währungsfonds gibt gemeinschaftliche Finanzierungsinstrumente aus, die Eurobonds. Diese Idee ist nicht neu, aber neu ist, dass ich vorschlage, dass die Eurobonds zu festen Zinssätzen ausgegeben werden: „take it or leave it“ – und dass sie auch nicht handelbar sind.

Was heißt „nicht handelbar“? Nun, die Eurobonds wären natürlich eine Möglichkeit für die ganz großen Anleger, wie es jetzt schon der Fall ist: die Notenbanken in Ostasien, die großen Pensionsfonds etc. Da geht es nicht um Veranlagungen von ein paar Millionen Euro sondern von zehn, zwanzig, dreißig Milliarden. Die Konstruktion, die mir vorschwebt, entspricht dem, was man in Österreich die Bundesschatze nennt oder in Deutschland die Schatzbriefe. Da kann man direkt bei der Republik Österreich ein Konto eröffnen und hat dann mit einer bestimmten Fristigkeit einen festen Zinssatz garantiert. Der einzige Unterschied zu dieser Finanzierungstechnik wäre in meinem Vorschlag, dass die Anleger das Geld jederzeit wieder zu Cash machen können. Das Zinsniveau dieser Instrumente wäre in etwa so hoch wie derzeit das amerikanische oder englische.

Ich behaupte: Wenn etwa die chinesische Notenbank keine Angst mehr haben muss, dass die Europäer ihre internen Finanzangelegenheiten nicht managen können, sondern der Eurobond die unbeschränkte Garantie sämtlicher Eurostaaten plus Rückendeckung der EZB hat (das heißt, die EZB ist ähnlich wie die amerikanische Notenbank bereit, solche Eurobonds selbst zu übernehmen), dann wird sie Eurobonds US-Bonds sogar vorziehen. Denn unter diesen Bedingungen kann ein Eurostaat nicht bankrottgehen, weil ja die EZB in ihrer Fähigkeit Geld zu schaffen, unbeschränkt ist.

Allerdings: Die einzelnen Euro-Staaten bekommen Finanzierungsmittel nur nach strengen Kriterien. Wenn etwa Griechenland sagt, wir brauchen noch dreißig Milliarden, dann hängt es ab, wofür. Wenn sie langfristig sinnvolle Investitionen in Infrastruktur und Bildungswesen machen, die bestimmten Kriterien entsprechen, dann kann das genehmigt werden. Man spricht hier von der „Konditionalität“. Es wird sozusagen die Versorgung mit öffentlichen Mitteln an strikte Bedingungen geknüpft. Ich habe den Begriff „Europäischer Währungsfonds“ verwendet, weil der einen gewissen Anklang hat an den Internationalen Währungsfonds. Der Unterschied wäre allerdings schon der, dass die Kriterien, nach denen Kredit vergeben wird, durchaus auch expansive Aspekte umfassen dürfen. Das wäre das Grundmodell und im Moment ist es noch sehr schwer, das in Diskussion zu bringen. Aber wenn sich die Krise vertieft, und wenn tatsächlich die EZB vor der Alternative steht, entweder sie geht auch unter oder man entschließt sich zu radikaleren Lösungen im Sinn von „an die Wurzeln gehend“, ist nicht ausgeschlossen, dass doch so ein Vorschlag in der Debatte eine Rolle spielt.

Christian Fridrich: Aber derzeit tendiert doch der Mainstream der Politiker und Ökonomen eher zur ersten Variante: noch viel mehr Sparanstrengungen. Man schaut wie das Kaninchen auf die Schlan-

⁴ www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=43132&typeid=8&display_mode=2&pub_language=2&language=2

ge – in dem Fall auf die Finanzmärkte und auf die Ratingagenturen. „Wir wollen unser Triple-A nicht verlieren“, hat heute auch der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Ewald Nowotny, im Morgenjournal gesagt. Übertriebene, gleichzeitige Sparpakete in der gesamten EU sind aus Ihrer Sicht doch eher krisenvertiefend?

Stephan Schulmeister: Natürlich! Aber es ist ja immer eine Dialektik zwischen Krisenvertiefung und Lernen. Wenn wir die Lerngeschwindigkeit der Eliten auf der einen Seite und die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Krise vergleichen, dann sehen wir: Seit drei, vier Jahren ist die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Krise dauernd höher als die Lerngeschwindigkeit, und daher vertieft sie sich auch. Es gibt aber dann schon einen Punkt, das ist zumindest die Hoffnung, wo die Lerngeschwindigkeit zunimmt, und sei es aus schierem Selbsterhaltungstrieb. Wer hätte vor vier Jahren gedacht, dass die EZB Staatsanleihen kauft? Aber es muss offenbar zuerst zu einer noch stärkeren Vertiefung der Krise kommen, damit auch die Lernbereitschaft zunimmt.

Dieser Wettlauf kann natürlich auch schlecht ausgehen in dem Sinn, dass die Währungsunion zerbricht, das halte ich für durchaus möglich. Entscheidend wird aus meiner Sicht das heurige Jahr 2012 sein. Denn wenn es wirklich in Europa zu einer ausgeprägten Rezession kommt, die auch die „braven“ Länder wie Deutschland und Österreich erfasst, wenn die Bankenkrise, das nächste riesige Problemfeld, sich in Wechselwirkung mit der Staatsschuldenkrise vertieft, dann sind wir an einer Wegkreuzung angekommen, wo die Politik grundlegende Entscheidungen treffen muss. Aber wie gesagt, es ist durchaus möglich, dass sie dann noch einmal „more of the same“ verordnet. Und dann wird es halt schlecht ausgehen.

Christian Fridrich: Für die Zeit nach einem potenziellen großen Crash, den sich keiner erhofft und den sich nur wenige wünschen, habe ich eine grundsätzliche Frage. Sie schreiben in Ihrem neuen Buch „Mitten in der großen Krise. Ein »New Deal« für Europa“ (2010) sinngemäß, dass die große Krise den Boden für eine Neuordnung des „Spiels Wirtschaft“ bereiten wird. Das Profitstreben, also die Triebkraft kapitalistischer Dynamik, wird wieder auf realwirtschaftliche Aktivitäten verstärkt konzentriert sowie um die ökologische und soziale Dimension ergänzt und erweitert werden. Das heißt, Sie haben einen grundsätzlichen Optimismus, dass man nach einem Desaster gelernt hat. Wäre im Gegensatz zu Ihrem Optimismus nicht denkbar, dass dann gerade wieder diese Diagnostiker/innen kommen, die sagen: „Der Finanzkapitalismus hatte noch nicht genug Möglichkeiten sich voll zu entfalten, weil die Staaten eingegriffen haben.“

Stephan Schulmeister: Das ist aber nur eine Frage der Zeit! Irgendwann wird eine Position unvertretbar, wenn sie die Krise immer mehr vertieft. Sie haben schon Recht, dass es ein Phänomen ist, dass die Eliten Zuflucht zu den alten neoliberalen Empfehlungen nehmen, obwohl diese offensichtlich keine Verbesserung brachten, sondern die Lage immer verschlimmerten. Das Lernen ist eben etwas, das schwierig ist, weil es mit dem Verlernen zu tun hat. In diesem Zusammenhang mag ich sehr gern diese kurze Definition von Denken von Brecht: „Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorangeht.“ Die Schwierigkeiten werden zunehmen, und irgendwann werden sie so groß sein, dass auch das Denken gründlicher ist. Allerdings, wenn es ganz blöd kommt, haben wir

dazwischen eine Umnachtungsphase, in der die Verbitterung und die Hoffnungslosigkeit der De-klassierten politisch eingesammelt wird von „jungen“, „schicken“, rechtspopulistischen Bewegungen. Ein wesentlicher Grund, warum das gesellschaftliche Lernen aus der Krise der letzten Jahre, so lang-sam erfolgt, liegt in Folgendem: Im Gegensatz zu den Neoliberalen, die, als sie Außenseiter waren in den 1950er und 1960er Jahren, emsig gearbeitet haben an Gegenkonzepten, haben die Kritiker des Neoliberalismus, insbesondere die „Linken“ diverser Schattierung, in den letzten dreißig Jahren jämmerlich versagt. Denn sie haben die Zeit nicht genützt, in der ihre Positionen immer mehr aus der Mode kamen, sich vorzubereiten für die Phase X, wo sich die Krise als Folge der neoliberalen Empfeh-lungen vertiefen wird. Insbesondere die Sozialdemokratie in Europa hat keinerlei Gegenkonzept entwickelt und daher die Orientierung verloren. Sie hat keinen Plan, weil so ein Plan mit Mühe und langem Atem erarbeitet werden muss.

Allerdings: Dass etwa Schlechtes, das immer schlechter wird, nicht irgendeinmal zu einem Ende kommt, das glaube ich nicht, dazu bin ich noch zu sehr Optimist. Aber ich geb' zu, die Entwicklung ist „open end“, es könnte auch anders kommen.

Christian Fridrich: Wenn sich jetzt die Krise weiter vertieft, dann wird es zu einer großen Vermögens- und Wohlstandsvernichtung auf breiter Basis kommen. Aber es gibt sicher auch Krisengewinner.

Stephan Schulmeister: Nicht unbedingt, das ist der „Witz“ von schweren Krisen, dass sie Situationen sind, wo im Wesentlichen alle verlieren. Wer hat in der Weltwirtschaftskrise gewonnen? Man kann sagen, politisch die Faschisten, das ist eine zweite Geschichte. Aber rein ökonomisch hat niemand gewonnen, wenn der Kuchen, den die Volkswirtschaft produziert, um 25 % schrumpft, wenn Ver-mögenswerte kaputt gehen, finanzielle durch Aktienverluste, aber auch reale. In der aktuellen Krise können wir das Immobilienvermögen in den USA als Beispiel nehmen: Massives Absinken der Haus-preise und damit ihres Werts, Millionen lehrstehender Häuser, die kaputt werden, wenn sie einige Jahre nicht bewohnt sind. Man kann nicht wirklich sagen, dass es gesellschaftliche relevante Grup-pen gäbe, glaube ich zumindest, die ökonomisch etwas gewinnen würden. Die politische Dimension ist, dass Populist/innen zumindest politisch durch die Krise gewinnen.

Christian Fridrich: Wenn der Euro zerfallen würde, die nationalen Währungen wieder eingeführt werden würden, das freie Spiel der Wechselkurse nationaler Währungen anstatt der Eurozone erneut starten würde und so weiter, wäre das dann nicht wieder eine Einnahmequelle für andere Akteurin-nen und Akteure?

Stephan Schulmeister: Das schon, doch würden die Gewinne aus Devisenspekulation im Vergleich zu den enormen Vermögensverlusten bei Staatsbankrotten kaum ins Gewicht fallen. Ein großer Teil des gesamten Finanzvermögens besteht ja aus Staatsanleihen. In der Geschichte gab's dann im We-sentlichen immer nur zwei Wege bei einer Überschuldung von Staaten. Das Eine ist der Staatsbank-rott mit einer abrupten Entwertung mit allen möglichen Folgeerscheinungen, die Zweite ist Hyper-inflation. Das Dritte, nämlich ein stetiges Zurückführen der Staatsschuldenquote, ist relativ selten gelungen. Wohl aber nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die Siegermächte enorme Staatsschulden-

quoten hatten, weil Krieg natürlich sehr teuer ist. Diese sind problemlos abgebaut worden über die 1950er und 1960er Jahre, weil es ein stabiles und hohes Wirtschaftswachstum da gab.

Wenn das nicht gelingt, wenn wir den sehr umfassenden Schuldenschnitt letztlich machen müssen, oder er passiert, werden die meisten Vermögenden verlieren. Warren Buffet wird sehr viel verlieren, natürlich, er weiß das auch, der wäre daher auch sehr für einen Systemwechsel zum Realkapitalismus, oder George Soros und alle diese Leute.

Auch den Finanzakrobaten steht das Wasser bis zum Hals. Das ist eines der fundamentalen Probleme im Moment. Die Politik glaubt, die Lage nur retten zu können, wenn sie sich an die Märkte anpasst. Die Marktakteure hätten nichts lieber, als dass sie reguliert werden, nicht alle, aber viele. Schauen Sie, vor kurzem hat Herr Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, gesagt: „Bitte reguliert das High frequency trading“. Da hat’s bei mir geklingelt. Wenn jemand, der selber diese Dinge gemacht hat, jetzt reguliert werden will, heißt das, er hat Angst, dass die Sache völlig aus dem Ruder läuft. Frei nach Goethes Zauberlehrling: Die Geister, die gerufen wurden, die werden wir jetzt nicht mehr los, die verselbständigen sich. Und Herdeneffekte dergestalt, dass Leute abrupt aus Aktien rausgehen, wie es im August passiert ist, können wieder einen massiven Aktienkursverlust auslösen.

Ich glaube, dass auch in politischer Hinsicht der Weg aus der Krise nur dann gelingen kann, wenn die Politik sich an die Vermögenden im sehr weiten Sinn wendet und sagt: „Liebe Leute, ihr selbst müsst ein Interesse haben, dass der Staat nicht nur in seinen Grundfunktionen gestützt wird, sondern auch in seinen Möglichkeiten, Konjunktur stimulierende Maßnahmen zu setzen, die Infrastruktur zu verbessern, die Lebenschancen der Kinder mit Migrationshintergrund. Wenn das gemacht wird, wird es auch euch besser gehen, und im anderen Fall werdet ihr noch viel mehr verlieren.“ Also nicht Verteilungskrieg, sondern Appell an das Nachdenken über die Interdependenzen, die wechselseitigen Abhängigkeiten in einem ökonomischen und gesellschaftlichen System.

Aber wie gesagt, die Voraussetzung, dass die Politiker/innen das tun, wäre, dass sie eine neue Landkarte wenigstens in Grundzügen haben. Das kann passieren, ist aber derzeit nicht wirklich absehbar. In der Weltwirtschaftskrise ergab sich eine solche Wende mit dem Präsidenten Roosevelt. Deswegen habe ich auch mein Buch mit dem „New Deal“-Begriff versehen, weil mir dieser Mensch ungeheuer imponiert: Ohne sich auf ökonomische Theorien stützen zu können (Keynes publizierte seine Theorie erst 1936) entwickelte Roosevelt eine neue Landkarte in groben Zügen. Die damals dominante Laissez-Faire-Theorie wischte er vom Tisch, er zeigte große Leadership. Er hatte kein Patentrezept, aber er wollte mit seinem New Deal den Menschen Hoffnung machen, insbesondere indem er möglichst viele wieder in Beschäftigung brachte.

Mit dem „New Deal“ nahm also die Politik die Sache in die Hand. Genau das ist jetzt nicht der Fall. Jetzt ist die Politik gelähmt und sagt, sie möchte den Märkten dienen. Und umgekehrt erwarten die Märkte endlich neue Konzepte von der Politik ... Und wenn zwei Subsysteme, nämlich die wichtigsten, das System Markt und das System Politik jeweils vom andern den Anker erwarten, dann ist das Gesamtsystem inhärent instabil.

Christian Fridrich: Sie haben vorhin den High Frequency Trade angesprochen und damit indirekt eine Finanztransaktionssteuer. In Publikationen und Vorträgen geben Sie an, dass sich mit einer Finanztransaktionssteuer in der Höhe von nur 0,05 % die Finanzmärkte stabilisieren lassen.

Stephan Schulmeister: Nein, das hab ich so nicht gesagt. Sondern die Finanztransaktionssteuer wäre eine Komponente innerhalb der von mir erhofften neuen Spielanordnung, das heißt, eine Finanztransaktionssteuer für sich allein kann keinen grundlegenden Wechsel schaffen. Sie wäre ein richtiges Signal, sie würde dem Staat nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung stellen, aber sie ist mit Sicherheit kein Allheilmittel. Entscheidend ist, dass die Finanztransaktionssteuer eingebettet ist in einen umfassenden Plan, der sagt, die einzig nachhaltige Konsolidierungspolitik besteht darin, auf allen Ebenen die Gewinnchancen unternehmerischen Handelns zu verbessern gegenüber der Finanzakrobatik. Das ist die Leitlinie: In systemischer Sicht kann eine nachhaltige Überwindung der „Zwillingsprobleme“ Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung nur gelingen, wenn es sich für Unternehmer/innen wieder mehr auszahlt, Arbeitsplätze zu schaffen, real zu investieren etc. Und natürlich ist die Finanztransaktionssteuer eine Maßnahme, die die relative Profitabilität von kurzfristigen Finanzspekulationen versus langfristige Realspekulation verschiebt zugunsten der realwirtschaftlichen Tätigkeit.

Christian Fridrich: Herzlichen Dank für dieses ausführliche Interview!